

Leitfragen Sachverständigenanhörung am 22. September 2022 zum Thema Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens

Panel „Zivilgesellschaft und Stabilität der Institutionen“

Autorin der Antworten: Sandra Petersmann (DW), am 07.09.2022

1. Wie stellte sich die politische Lage und die Sicherheitslage in Afghanistan insbesondere für die Zivilgesellschaft zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens am 29. Februar 2020 dar?

Sicherheitslage:

Die Taliban beherrschten weite Teile der ländlichen Gebiete, die Regierung kontrollierte die großen Städte – wobei die afghanische Armee auf amerikanische Luftunterstützung angewiesen war. Die Zivilbevölkerung war zwischen den unklaren Fronten gefangen.

Die Zahl der zivilen Opfer spricht eine deutliche Sprache: Die Zahl der getöteten und verletzten Zivilisten ging 2020 nur leicht zurück, um 2021 erneut dramatisch zu steigen.

Quelle: <https://unama.unmissions.org/civilian-casualties-set-hit-unprecedented-highs-2021-unless-urgent-action-stem-violence-%E2%80%93-un-report>

Die Unterzeichnung des Doha-Abkommens war in keinerlei Hinsicht ein Friedensabkommen für Afghanistan, sondern ein bilaterales Abzugsabkommen zwischen den USA (und damit zwangsläufig auch der verbündeten internationalen Truppen) und den Taliban.

Wie fast immer seit 2001 wurden fundamentale Entscheidungen über Afghanistan aus den innenpolitischen Motivationen der intervenierenden Mächte heraus getroffen.

Politische Lage:

Die Islamische Republik Afghanistan war zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Doha-Abkommens enorm geschwächt – die umstrittene und offenbar erneut gefälschte Präsidentschaftswahl (es war die vierte in zwei Jahrzehnten) spaltete die afghanische Elite zu einem Zeitpunkt, an dem innerafghanischer Zusammenhalt zwingend notwendig gewesen wäre.

Der lähmende Machtkampf zwischen Präsident Ghani und Regierungsgeschäftsführer Abdullah führte zu einer nicht mehr aufzuhaltenden Erosion staatlicher Macht und zur weiteren Entfremdung der Bevölkerung mit dem politischen System.

Am 9. März 2020, wenige Tage nach Doha, erklärten sich Ghani und Abdullah in getrennten Zeremonien jeweils zu Präsidenten Afghanistans. Wie schon 2014 brauchte es die harte amerikanische Peitsche, um erneut eine sogenannte Regierung der nationalen Einheit zu erzwingen – die aber keine war.

Rückblick zum Anfang: Als die USA am 7. Oktober 2001 den Einmarsch in Afghanistan mit massiven Luftangriffen begannen, ergriffen die intervenierenden Staaten in einem bis heute ungelösten Bürgerkrieg für die sogenannte Nordallianz Partei. Bei diesem Konflikt geht es auch wesentlich um die politische Rolle des Islam.

Die Feinde der Taliban, darunter Schlächter und Menschenrechtsverächter, wurden unverzichtbare Partner des Westens. Das war eine schwere Bürde für den versuchten Aufbau eines neuen Staates – zumal es zu keinem Zeitpunkt eine klare Vision zum afghanischen „nation building“ gab – weder innerhalb der USA noch unter den europäischen Partnern. Es gab viele Ideen, viele Stakeholder und ständig wechselndes internationales Personal vor Ort.

Wie zuvor die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg im Dezember 2001 schloss auch der Doha-Prozess eine gesellschaftlich relevante Gruppe aus: für Petersberg verhinderten die USA, dass Vertreter der gestürzten Taliban am Bonn Prozess beteiligt wurden. In Doha verhinderten die USA, dass Vertreter der Islamischen Republik Afghanistan den zeitlich enorm ambitionierten amerikanischen Abzugsplan beeinflussten. Beides hat sich bitter gerächt.

Leitgedanke:

Wie wenig nachhaltig die vergangenen 20 Jahre politisch und wirtschaftlich gewesen sind, lässt sich an der heutigen Situation Afghanistans ablesen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hungert. Aber es geht nicht nur um 20 Jahre, sondern um mehr als 40 Jahre.

Nimmt man den Einmarsch der sowjetischen Truppen am 24. Dezember 1979 als Startpunkt, war 2020 das 41. Jahr, in dem Afghanistan fast ununterbrochen durch Instabilität, Gewalt, Besatzung, Bürgerkrieg, Krieg und/oder Terror geprägt war. Was das mit einer Gesellschaft macht, ist in der Betrachtung Afghanistans aus meiner Sicht viel zu oft vernachlässigt worden.

Die afghanische Zeitrechnung begann nicht erst mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 – die des Westens und der wichtigsten politischen Entscheidungsträger in den USA hingegen schon – mit fatalen Folgen bis heute.

2. Hat das Doha-Abkommen zu einer Veränderung der Sicherheitslage geführt, die bei der Bewertung der Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan zu berücksichtigen gewesen wäre?

Doha hat erst einmal nichts am Krieg in Afghanistan geändert. Es herrschte davor und danach Krieg.

Die „letzte“ Abschiebung in die Islamische Republik Afghanistan war für den 5. August geplant – mehr deutsche Realitätsverweigerung geht nicht.

Ich habe nie verstanden, mit welcher Selbstverständlichkeit Deutschland Afghaninnen und Afghanen zurück in den Krieg abgeschoben hat.

In Afghanistan herrschte aus meiner Sicht ab spätestens 2005 Krieg. Zur Erinnerung: der erste Selbstmordanschlag auf die Bundeswehr in Kabul ereignete sich am 7. Juni 2003. Damals kamen vier Soldaten ums Leben. Dennoch dauerte es bis November 2009, bis der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg das Wort „kriegsähnliche Zustände“ prägte.

Deutschland begründete Abschiebungen nach Afghanistan immer damit, dass es sichere Räume in den großen Städten gäbe – wie Kabul oder Mazar-i-Sharif. Eine durchaus trügerische Argumentation, wie spätestens die tödlichen Anschläge auf das

deutsche Generalkonsulat im November 2016 und auf die deutsche Botschaft im Mai 2017 dokumentiert haben.

Natürlich gab es in den Provinzen und Metropolen auch viele Tage der Ruhe – Tage, die vermittelten, wie ein afghanischer Frieden aussehen könnte. Bis zum nächsten Anschlag im urbanen Raum. Unvorhersehbar. Wuchtig. Über die Jahre immer präziser und tödlicher – oft gefolgt von Gefechten, night raids und Luftschlägen in den Provinzen.

Ein ehemaliger EU-Diplomat wies im Gespräch mit mir in Kabul im Dezember 2016 darauf hin, dass es auch in Europa schreckliche Anschläge gäbe – er meinte, dass Terroranschläge per se kein Hindernis für Abschiebungen seien. Doch ist es angemessen, Anschläge zu vergleichen?

Viele derjenigen, die Richtung Europa flohen/fliehen, waren zudem afghanische Binnenflüchtlinge oder afghanische Flüchtlinge aus Pakistan oder Iran – entwurzelt wegen des langen, komplizierten, vielschichtigen Krieges mit enormen persönlichen und ökonomischen Konsequenzen. Noch heute sind rund 3,5 Millionen Menschen in Afghanistan entwurzelt. Noch heute leben Millionen von Afghanen in den Nachbarländern Iran (ca. 1 Million registriert, dazu viele nichtregistrierte) und Pakistan (ca. 1,5 Millionen registriert, dazu viele nichtregistrierte). Beide Länder benutzen Flüchtlinge auch als politisches Druckmittel, was bei vielen die nächste Flucht Richtung Türkei/Europa verursacht.

Die Wahrheit ist wohl eher: wenn man NICHT abgeschoben hätte, hätte man sich eingestehen müssen, dass in Afghanistan etwas gewaltig schief läuft – trotz der enormen Ausgaben, des grundsätzlichen politischen Willens vieler und des hohen Blutzolls der Bundeswehr. Dieser Prozess des Hinterfragens und Eingestehens wird nun endlich nachgeholt.

Das Verweigern der Benutzung des Begriffs „Krieg“ für den Zustand in Afghanistan war aus meiner Sicht eine deutsche Realitätsverweigerung.

Die Abschiebungen und die Diskussion über Abschiebungen nach Afghanistan waren innenpolitisch-deutsch motiviert – oft entkoppelt von der afghanischen Realität. Realität ist selten kohärent – in Afghanistan erst recht nicht.

3. Wie haben Sie das Doha – Abkommen seinerzeit bewertet und welche Konsequenzen oder Erwartungen für die zukünftige Entwicklung in Afghanistan haben Sie damit seinerzeit verbunden?

Auch ich konnte nur den englischen Basistext des Doha-Abkommens studieren. Ich habe bis heute nicht gelesen, was in den geheimen Zusatzprotokollen steht. Insofern mit Einschränkung: es handelt sich um ein fast bedingungsloses Abzugsabkommen zwischen den USA und den Taliban. Und in einem Punkt haben die Talibs Wort gehalten: nach der Unterzeichnung gab es keine Angriffe mehr auf US-Truppen und NATO-Truppen. Ausdrücklich ausgenommen vom Nicht-Angriffs-Szenario waren die afghanischen Sicherheitskräfte. Die wurden zum Abschuss freigegeben.

Wie die konkreten Anti-Terror-Zusagen der Taliban einzuschätzen sind, ist ohne das Studieren der secret annexes des Doha-Abkommens schwer nachzuvollziehen: den

Kampf gegen mutmaßliche Zellen des IS-K scheinen die Taliban ernst zu nehmen – wobei sie ihn offenbar auch dazu nutzen, um politische Gegner zu brandmarken und zu töten.

Eine öffentliche Trennung von Al-Qaida hat nicht stattgefunden. Die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion und die Unterstützung während des afghanischen Bürgerkriegs hat zu einer engen Verbundenheit und zu familiären Beziehungen durch Heirat geführt. Es darf nicht überraschen, dass al-Zawahiri mutmaßlich in der ehemaligen Green Zone lebte – mutmaßlich in einem Haus, das seit dem Regimewechsel von engen Vertrauten des de-facto-Innenministers Sirajuddin Haqqani genutzt wird.

Die militärische Intervention in Afghanistan war ohne klare politische Zielvorgabe und messbare Kriterien für die Evaluierung und den Abzug zum Scheitern verurteilt. Soldatinnen und Soldaten können keinen Staat aufbauen. Dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen war, wurde spätestens nach Obamas' surge (+30.000 zusätzliche Kampftruppen für eine kurze Zeit; 2009/2010) von niemandem mehr bezweifelt. Dass die Taliban an der Macht in Afghanistan beteiligt werden müssen, ließ sich spätestens hier (2010) nicht mehr ignorieren.

Doch Doha war kein Weg hin zu einem afghanischen Frieden, sondern der innenpolitisch motivierte Weg zur Ausgangstür für die USA. Es war der Beginn der letztendlich bedingungslosen Machtübergabe an die Taliban.

Vielleicht wäre einiges anders gelaufen, hätte es nach dem schnellen Sturz der Taliban im Dezember 2001 ein klares Bekenntnis zum Ziel der Intervention gegeben.

Auch zu bedenken in der Rückschau: die zerstörerische Rolle, die der Irak-Krieg für die Entwicklung in Afghanistan spielte.

4. Was ist Ihnen über die Haltung der afghanischen Regierung zu dieser Vereinbarung bekannt, und welchen Einfluss hatte sie auf die Gestaltung des Abkommens? Welche eigenen Interessen verfolgte die afghanische Regierung?

Die afghanische Regierung war an den bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban in Doha genauso wenig beteiligt wie die NATO-Partner der Amerikaner. Die afghanische Regierung und die Partner wurden informiert – meistens durch den Sondergesandten Khalilzad, wie umfassend und rechtzeitig entschieden allein die USA. Inwiefern eigene Kanäle zur Taliban-Gruppe in Doha oder zur Taliban-Schura in Quetta vorhanden waren und was sie beeinflussen konnten, kann ich nicht beurteilen.

Präsident Ghani hat sich immer wieder bitterlich darüber beklagt, dass gegen ihn und über seinen Kopf hinweg verhandelt wurde. Er empfand das als Hochverrat. Seine komplizierte persönliche Beziehung zu Khalilzad (die beiden kennen sich aus Kindheitstagen) spielte ebenfalls eine negative Rolle. Gleichzeitig muss man sehen, wie sehr Ghani offenbar auch der Realität entrückt war. Er hatte sich seit 2014 zusehends mit jungen, westlich geprägten Exilafghanen wie Sicherheitsberater Hamdullah Mohib umgeben, die seine Entrücktheit und Isolation beförderten. Sie konnten das afghanische power game nicht mitspielen, und Ghani konnte es auch

nicht. Er versuchte stattdessen, die warlords und Regionalfürsten zu bekämpfen, die der Westen zeitgleich weiter als Partner sah.

Mitten in der „heißen“ Phase des Doha-Prozesses bestand Ghani im September 2019 auf Wahlen – wohl wissend, dass die USA Wahlen ablehnten und dass die Taliban auch auf diese Wahlen mit Gewalt reagieren würden.

Die Bevölkerung antwortete auf ihre Weise – die Wahlbeteiligung lag nur bei knapp über 1 Million Menschen. Rund 10 Millionen registrierte WählerInnen wären wahlberechtigt gewesen – auch das ein Negativrekord. Gewählt (aber selbst hier sehr eingeschränkt) wurde vor allem in Kabul, nicht aber in den Provinzen.

Der Wahl folgte das politische Drama zwischen Ghani und Abdullah – und es uferete darin, dass sich die beiden nach ihrem von den USA erzwungenen Machtteilungsdeal im Mai 2020 monatelang nicht auf eine gemeinsame Verhandlungsdelegation für die innerafghanischen Gespräche mit den Taliban in Doha einigen konnten.

Auch das gehört zur afghanischen Wahrheit: maßlose Korruption und maßlose Machtversessenheit haben den mit Dollar künstlich aufgepumpten afghanischen Staat von innen zerfressen und ausgehöhlt. Ohne permanente Druckbetankung von außen war die Islamische Republik nicht überlebensfähig. Die Taliban haben davon profitiert.

5. Welche konkreten Schritte hat die afghanische Regierung – die nicht an den Verhandlungen beteiligt war – nach Ihrer Kenntnis nach Abschluss des Doha-Abkommens zur Sicherung der politischen Stabilität im Land unternommen?

Es ging aus meiner Sicht zu diesem Zeitpunkt weniger um die Sicherung der politischen Stabilität als um den persönlichen Machterhalt. Die Angriffe der Taliban auf afghanische Sicherheitskräfte und Zivilisten nahmen zu, 2021 gehört zu den blutigsten Jahren seit 2001. Ghani wusste, dass er um sein politisches Überleben kämpft. Er entließ und ernannte Verteidigungsminister und Generäle im schnellen Rhythmus, oft erratisch. Er verbündete sich in letzter Minute mit warlords und regionalen Machthabern, die ihn vorher angewidert hatten. Er klammerte sich an den Gedanken, dass die USA niemals bedingungslos aus Afghanistan abziehen würden.

Er argumentierte immer wieder, dass die Wahl 2019 ihm allein die Autorität gegeben hätte, politische Entscheidungen für Afghanistan zu treffen. Sein Argument zum Ende: Wahlen unter Beteiligung der Taliban sollten über die Zukunft des Landes entscheiden.

Es erschien mir aus der Ferne oft so, als sei er sich der militärischen und politischen Lage nicht bewusst. Er schien ein Afghanistan zu sehen, dass nur er sah – und seine engsten Vertrauten schafften (oder wollten) es offenbar nicht, zu ihm durchzudringen. Ausländische Diplomatinen und Politiker, die ihn trafen, zweifelten an seinem Gesundheitszustand.

Aus zwei Interviewbegegnungen weiß ich: Ghani hat einen messerscharfen Verstand. Er reagiert auf Kritik von außen hochsensibel und empfindlich. Er

vermittelte den Eindruck, dass er am besten weiß, was gut für Afghanistan ist. Er träumte davon, das Land zum Handels- und Logistikzentrum für Zentral- und Südasien auszubauen.

Er träumte offenbar auch dann noch davon, als die Taliban vor den Toren der Stadt standen und es einen verzweifelten last-minute-Versuch einer geordneten Machtübergabe gab. Doch der Versuch wurde durch seine Flucht zunichte gemacht. Bis heute glaubt Ghani, dass seine Flucht ein Blutbad verhindert hat. Er sieht sich als Heilsbringer, der sich geopfert hat – nicht als Feigling, der sein Land im Stich gelassen hat.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pApTEqs1rns>

6. Welche Unterstützung genoss die afghanische Regierung in der Bevölkerung zum damaligen Zeitpunkt? Und wie breit war die Unterstützung der Bevölkerung für die Gegner der Regierung, darunter die Taliban, und worauf beruhte diese Unterstützung?

Diese Frage finde ich enorm schwierig zu beantworten. Das Augenmerk der Wahrnehmung im Westen lag immer viel zu stark auf der Millionenmetropole Kabul. Und hier überwog ganz sicher die Unterstützung für den Aufbau und für die Existenz eines demokratischen Staates – wobei sich die Spaltung der afghanischen politischen Elite auch in der Bevölkerung Kabuls widerspiegelte bzw. widerspiegelt. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lebt auf dem Land. Hier haben viele Menschen die vergangenen 20 Jahre vor allem als Krieg wahrgenommen – und nicht als demokratischen Aufbruch mit Entwicklung und Wohlstand.

Vor allem in der südlichen und östlichen Landeshälfte war das Leben geprägt von Gefechten, nächtlichen Razzien, Luftangriffen, vom Einsatz von Kampfdrohnen, von Willkür und unklaren Fronten. Es galt das Recht des Stärkeren. Immer mehr Dörfer/Regionen mussten ab 2009 zwei Herren dienen: tagsüber den Vertretern der Islamischen Republik und ihren Verbündeten, nachts den Taliban. Das galt bis zum Abzug der Bundeswehr 2013 übrigens auch für die Provinz Kundus.

In vier Jahrzehnten Dauerkrieg mussten die Afghanen lernen, im Krisenfall fliegend die Seite zu wechseln und immer wieder neue Allianzen zu schmieden und neuen Herren zu dienen – als Überlebensstrategie. Das war auch während der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht anders.

Ohne Unterstützung aus der Bevölkerung hätte die Rückkehr und der Aufstand der Taliban keine Chance auf Erfolg gehabt. Ohne Unterstützung aus der Bevölkerung wäre der Versuch, einen demokratischen Staat aufzubauen, schon viel früher gescheitert.

Am Ende hat die Gruppe mit dem größten inneren Zusammenhalt auf dem afghanischen Schlachtfeld gewonnen – weil die USA ihren längsten Krieg so schnell wie möglich hinter sich lassen wollten und weil der afghanische Staat im August 2021 ausgehöhlt, die politische Elite auf ihren eigenen Vorteil bedacht und der Präsident isoliert war – nach innen und außen. Der Islamischen Republik fehlte die „social cohesion“, die es in den Reihen der Taliban gab.

7. Welchen Einfluss hatten ausländische Akteure wie Pakistan oder der Iran auf die Rolle der Zivilgesellschaft in Afghanistan sowie auf die Stabilität der Institutionen?

Pakistan und Iran – ja. Aber auch Indien, China, Russland und die Golfstaaten. Den ausländischen Einfluss auf die wichtigen Nachbarländer Pakistan und Iran zu reduzieren halte ich für falsch.

Auf Grund seiner geografischen Lage ist Afghanistan strategisch und geopolitisch für sehr viele Staaten von Bedeutung – wobei sich die Ziele der Akteure diametral widersprechen – siehe Pakistan und Indien. Ohne einen nachhaltigen Friedensprozess zwischen Indien und Pakistan bleibt Afghanistan potenzieller Schauplatz eines fremden Konflikts.

Es kommt erschwerend hinzu, dass Afghanistan bis heute die pakistanisch-afghanische Grenze (Durand-Linie) nicht anerkennt, die das traditionelle Siedlungsgebiet der Paschtunen zerschneidet – unwahrscheinlich, dass es die Taliban tun werden.

Afghanistan ist spätestens seit dem Einmarsch der Sowjetunion ein Schauplatz für Stellvertreterkriege. Es sei daran erinnert, wer die Mudschahedin in ihrem Kampf gegen die Rote Armee finanzierte, ideologisierte und hochrüstete (USA, Saudi-Arabien, Pakistan). Aus diesen Mudschahedin sind die Taliban hervorgegangen - mitsamt enger Beziehungen zu Al-Qaida.

Selbst wenn sich eine Lösung für den innerafghanischen Konflikt abzeichnen würde (was es nicht tut), blieben externe Akteure eine schwere Belastung für den Friedensprozess und den staatlichen Aufbau. In diesem Zusammenhang ist auch der Konflikt zwischen Qatar und Saudi-Arabien erwähnenswert.

8. Wie haben Sie die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft staatlicher Institutionen bewertet? Wie unabhängig konnten staatliche Institutionen z.B. im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Elektrizität, Gesundheit) nach Ihrer Einschätzung im Tagesgeschäft agieren? Wie war deren Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen zu bewerten?

Das ist eine sehr theoretische Diskussion/Frage. Die Islamische Republik war ohne ausländisches Geld nicht überlebensfähig. Es gab große Abhängigkeiten. Es gab korrupte Beamte, und es gab Beamte, die dienen wollten. Viele hatten sich sehr bequem eingerichtet und konnten sich auf permanenten Geldfluss verlassen. Andere wollten Dinge verändern und wirklich dienen. Die permanenten und zeitlich kurz getakteten Personalwechsel der ausländischen Partner taten ihr übriges. Alle sechs Monate neue Ansprechpartnerinnen zu haben lädt förmlich zu Zweifeln und zur Korruption ein.

Seitens der intervenierenden Staaten, hier vor allem der USA; wurde Geld vor allem dort investiert, wo es der sogenannte Anti-Terror-Kampf bzw. die Aufstandsbekämpfung verlangte – und im Machtzentrum Kabul. Die Militarisierung der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe gilt es aus meiner Sicht sehr kritisch aufzuarbeiten und zu hinterfragen.

Die Afghanistan-Mission der vergangenen zwei Jahrzehnte hatte einen überwältigenden military footprint, keinen civilian footprint. Die UNAMA war außen vor, wenn die US-Armee counter-insurgency-Entscheidungen traf.

Es hat sich gezeigt, dass Staatsaufbau bei gleichzeitigem Rachefeldzug gegen Taliban/Al-Qaida ein Rezept für ein dramatisches Interventions-Desaster ist – trotz aller guten Absichten, die es ohne Zweifel auch gab.

Die Entwicklungsfortschritte waren regional sehr unterschiedlich. Es gibt Regionen, die vom Geldsegen der vergangenen 20 Jahre fast nichts abbekommen haben. Andere wiederum, vor allem Individuen, hat der Geldsegen unfassbar reich gemacht. Nicht umsonst gehört der ehemalige Gouverneur Atta Mohammed Noor aus Mazar-i-Sharif heute zu den reichsten Männern Afghanistans.

9. Welche Rolle spielte Korruption bei den staatlichen Institutionen?

Der Fall des Provinzfürsten Atta Mhd. Noor ist ein herausragendes Beispiel für Korruption und gehört aus deutscher Sicht besonders genau unter die Lupe genommen. Wie die NZZ schon 2014 sehr richtig schrieb: „Er lebt wie ein König und regiert im Stil eines Mafiachefs“.

Quelle: <https://www.nzz.ch/baertiger-kriegsfuerst-wird-multimillionaer-ld.1066646>

Weiteres herausragendes Beispiel für Korruption: die afghanischen Sicherheitskräfte, hier vor allem die Armee. Während Soldaten im Gefecht die Munition ausging, sie fürchterlich hungerten und keinen Sold bekamen, wurden Führungskräfte und Minister schwer reich. Viele leben heute im Ausland, viele haben Immobilien erworben. Warum sollten die afghanischen Sicherheitskräfte für dieses System, das zudem von seinen westlichen Partnern fallengelassen wurde, ihr Leben riskieren?

Quelle: <https://www.wsj.com/articles/high-ranking-afghan-officials-escaped-to-luxury-homes-abroad-11655112600>

Auch das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in den Staat als Garant für Schutz, Recht und Ordnung ist ohne die ausufernde Korruption nicht zu erklären. Bei Reisen in ländliche Gebiete habe ich immer wieder gehört, dass die Justiz der Taliban besser sei als die der Regierung – weil nicht korrupt.

10. Worauf beruht die Loyalität bzw. das Misstrauen gegenüber der politischen Führung in der afghanischen Gesellschaft nach Ihrer Einschätzung?

Viele der hier aufgeführten Fragen suggerieren ein schwarz-weiß-Bild, dass ich in Afghanistan so nie erlebt habe. Die Guten waren nie nur die Guten, und die Bösen waren nie nur die Bösen. Die Grenzen waren fließend, genauso wie Allianzen, Loyalitäten und das Vertrauen bzw. Misstrauen.

Nach vier Jahrzehnten Krieg ist Afghanistan ein Land von Grautönen und komplizierten Schattierungen. Loyalitäten und Allianzen waren (und sind) fluide und wurden (und werden) der aktuellen Situation angepasst. Loyalität und Misstrauen wurden und werden maßgeblich durch die eigenen konkreten Lebensumstände beeinflusst.

Die Besatzungstruppen von USA und NATO hatten gerade in der Anfangsphase durchaus sehr viele Unterstützer – doch je mehr Dörfer vom Krieg erfasst wurden, je mehr Zivilisten ihr Leben verloren, je mehr Luftangriffe (bemannt und unbemannt) Zivilisten trafen, desto mehr Zulauf bekamen die Taliban. Präsident Karzai hat frühzeitig darauf hingewiesen – wobei Karzai selber ebenfalls ein Meister des taktischen Allianzwechsels ist.

Quelle: <https://www.rferl.org/a/1061554.html>

Letztendlich: wäre das Vertrauen in den Staat und die Bereitschaft für den Staat zu sterben noch vorhanden gewesen, hätte es den Taliban nicht gelingen können, binnen 14 Tagen den letzten Rest des Landes fast kampflos unter Kontrolle zu bringen. Den Afghaninnen und Afghanen war klar: der Westen hat das Land aufgegeben, die Regierung ist gelähmt und agiert erratisch, die Armee zerbricht.

11. Wie würden Sie die Rolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan und die Fortschritte beschreiben, die mit deren Hilfe in Afghanistan oder zumindest einzelnen Regionen des Landes bis Anfang 2020 erzielt werden konnten, und welchen Einfluss hatte dieses auf das Verhältnis der Bevölkerung zur afghanischen Regierung?

Nehmen wir den Raum Kunduz: Dort waren deutsche Truppen zwischen 2003 und 2013 stationiert. Hier haben die meisten deutschen Soldaten ihr Leben verloren. Hier hat ein fataler US-Luftangriff auf deutschen Befehl dutzende afghanische Zivilisten getötet, darunter Kinder. Die Gesamtzahl der Opfer des Bombardements am 4. September 2009 lag bei 142. Dieser Angriff hätte niemals stattfinden dürfen.

Zwischen 2003 und 2013 ist enorm viel Geld in die Stadt und in die gleichnamige Provinz geflossen – in Straßen und Brücken, in den Flughafen, in das Gesundheitswesen, in Bildungseinrichtungen und Bildungsprogramme, in Versorgungsleitungen, in die Verwaltung, in Projekte, die dafür sorgen sollten, dass die Bauern der Region Rosen oder Safran anbauen anstatt Mohn für die Opiumgewinnung. Es gab in dieser Zeit unbestreitbar sichtbare Fortschritte.

Doch wie fragil die Strukturen waren, zeigte sich unmittelbar nach dem Abzug der deutschen Truppen: Kundus war Ende September 2015 die erste afghanische Provinzhauptstadt, die den Taliban kurzzeitig in die Hände fiel. Erst das massive Einschreiten der USA mit Luftangriffen und Special Forces holte Kunduz zurück unter Regierungskontrolle. Mit fatalen Folgen: einer der amerikanischen Luftangriffe traf am 3. Oktober 2015 die Trauma-Klinik der Ärzte ohne Grenzen (MSF) und tötete 42 Ärzte und Patienten. Dieser Angriff hätte niemals stattfinden dürfen.

2016 gelang es den Taliban erneut, Kundus kurzfristig einzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war ein kleines Kontingent der Bundeswehr zurück am Standort Kundus.

Am 8. August 2021 gelang schließlich die endgültige Eroberung der Stadt.

Von Deutschland aufgebaute und finanzierte Frauensender gibt es heute nicht mehr. Der von Deutschland aufgebaute Flughafen und das ehemalige deutsche Feldlager sind in einem jämmerlichen Zustand. Viele junge, hochgebildete Menschen sind aus der Region geflohen – nach Kabul oder Mazar und ins Ausland. Eine Zukunft in Kunduz können sie sich nicht vorstellen.

Das zeichnet für mich ein bedenkenswertes Bild über Erfolg und Misserfolg einer militarisierten Entwicklungszusammenarbeit.

12. Gibt es Bereiche, in denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit längerfristig zu Reformen und Strukturveränderungen geführt hat, die auch Regierungs- und Regimewechsel überdauern könnten? Lässt sich sagen, ob sich hierbei die Erfolgsbilanz staatlicher Entwicklungszusammenarbeit von zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit unterscheidet? Welche Rolle spielen regionale Gesichtspunkte bzw. Provinzregierungen für die Erfolgsbilanz deutscher Entwicklungszusammenarbeit?

Ich erinnere mich an viele Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – mit einer wiederkehrenden Frage: „Können Sie uns sagen, was wir hier eigentlich machen?“

Trotz des katastrophalen und beschämenden Endes der Intervention haben die vergangenen zwei Jahrzehnte auch dank des deutschen Engagements dafür gesorgt, ein komplett isoliertes, vergessenes, bettelarmes, nach dem Ende des Kalten Krieges fatalerweise ignoriertes Land wieder mit der Welt in Kontakt zu bringen.

Internet und Smartphone gehören heute für Millionen Afghaninnen und Afghanen zum Alltag.

Wenn es einen nachhaltigen Entwicklungserfolg gibt, dann verkörpern ihn die Generationen, die von den noch nie dagewesenen Bildungschancen der vergangenen zwei Jahrzehnte profitieren konnten. Das gilt auch und gerade für Mädchen und Frauen. Das gilt auch und gerade für die schiitische Minderheit der Hazara, die noch stärker als andere Bevölkerungsgruppen durch eigenen Willen vom Bildungsangebot profitieren konnte.

Die Vernetzung mit der Welt und der riesige Bildungshunger hat die afghanische Gesellschaft nachhaltig verändert. Das ist eine Tatsache, mit der sich heute auch die Taliban konfrontiert sehen. Sie haben zwar die Bildung für Mädchen im Teenageralter (ab Klasse 7) in weiten Landesteilen beendet. Doch Bildung findet weiter statt: in Untergrundschulen und in Privathaushalten der Zivilgesellschaft – oft betrieben von Frauen, oft finanziert von Eltern, die Bildung für ihre Mädchen wollen. Das passiert nicht nur in Kabul, sondern auch in kulturell konservativen Gebieten wie Maidan Wardak, Helmand oder Kandahar.

Dennoch ist Frage 12 auch eine sehr theoretische Frage: Deutschland hat in den Aufbau der Islamischen Republik Afghanistan investiert. Diese Republik und ihre Verfassung sind Geschichte, weil die Taliban eine andere Staatsform und eine andere Gesellschaftsordnung anstreben und durchsetzen – auf dem Land schon jetzt sehr viel stärker als in Kabul.

Deutschland hat durch seinen Einsatz in Afghanistan vor allem seine Bündnissolidarität mit den USA unter Beweis gestellt. Aber unter den gegebenen Umständen nach afghanischen Erfolgsbilanzen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und möglichen regionalen Schattierungen zu suchen,

halte ich für falsch. Derzeit hungern in Afghanistan mehr als 20 Millionen Menschen. Das ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung – und der nächste Winter steht vor der Tür.

Die Prognose geht davon aus, dass vermutlich bis Ende dieses Jahres etwa 90 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze rutschen. Dafür gibt es viele Gründe. Aber Hunger und Armut sind definitiv auch das Ergebnis einer fehlgeschlagenen Intervention, die Deutschland mitzuverantworten hat **Quelle:** <https://news.un.org/en/story/2022/03/1115102>